

# Seniorenpolitik als gewerkschaftliche Aufgabe

Menschenwürdige Lebensbedingungen brauchen die Berufstätigen ebenso wie die SeniorInnen

*Die größte Seniorinnen- und Seniorenorganisation Deutschlands ist der DGB mit seinen acht Gewerkschaften. Im Bereich des DGB sind 1,3 Millionen Seniorinnen und Senioren organisiert, in Hamburg fast 9 % aller Hamburgerinnen und Hamburger im Alter 60+.*

Moment mal – kann man denn die Gewerkschaften überhaupt als Seniorinnen- und Seniorenorganisationen bezeichnen? Man kennt sie doch eigentlich eher aus anderen Zusammenhängen: als Partner in der Tarifpolitik, die auskömmliche und gerechte Entlohnung, faire Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung aushandeln und gegebenenfalls in Arbeitskämpfen durchsetzen.

Ja, selbstverständlich sind die Gewerkschaften Seniorinnen- und Seniorenorganisationen, und wem die schiere Anzahl der in ihnen organisierten Seniorinnen und Senioren nicht imponiert, der möge bedenken:

- ♦ der Seniorinnen- und Seniorenanteil unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist jetzt schon hoch und steigt mit der demographischen Entwicklung unaufhaltsam;
- ♦ die Gewerkschaften müssen im eigenen Interesse alles daran setzen, nicht nur Mitglieder zu gewinnen, sondern sie auch zu binden und zu halten, wenn sie in den Ruhestand oder in die Rente gehen;
- ♦ im letzten Jahrzehnt hat sich *Seniorinnen- und Seniorenpolitik* als eigenständiges Politikfeld herausgebildet, weil z.B. die früher selbstverständliche Kopp-

lung der Sozialleistungen, insbesondere der Renten und Ruhegehälter an die Lohnentwicklung von politisch interessierter Seite mehr und mehr gelockert wird.

*Seniorinnen- und Seniorenpolitik* ist deshalb selbstverständlich Aufgabe der Gewerkschaften, denn die Gewerkschaften müssen sich offensiv und wirkungsvoll für sozial abgesicherte und menschenwürdige Lebensbedingungen ihrer Mitglieder im Alter einsetzen – und das betrifft die heutigen Seniorinnen und Senioren ebenso, wie die heute noch Berufstätigen, die in einigen (mehr oder weniger) Jahren ebenfalls Seniorinnen und Senioren sein werden; es betrifft also eigentlich alle Gewerkschaftsmitglieder.

Ein *Schlaglicht auf dieses Problemfeld* wirft die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag zum Thema „Altersarmut von Frauen und die Pläne der Bundesregierung“. Danach haben voraussichtlich 41 Prozent der westdeutschen ‚Babyboomerinnen‘ (Geburtsjahrgänge anfangs der 1960er Jahre) eine Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus (680 Euro) zu erwarten. Yvonne Ploetz, die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, sagt weiter: „Die Bundesregierung lässt in ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage deutlich erkennen, dass sie nicht gewillt ist, ernsthaft gegen die Altersarmut von Frauen vorzugehen. Den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, der, wie sie selbst zugibt, nötig wäre, um

nach lebenslanger Vollzeitarbeit über das Grundsicherungsniveau hinauszukommen, will sie nicht. Minijobs, die ... für viele Frauen zur Sackgasse werden, will sie nicht abschaffen. Für die Zuschussrente legt sie die Hürden so hoch, dass nur eine geringe Zahl von Frauen profitieren wird. Auch will sie zu niedrige Renten nicht mehr generell auf 850 Euro aufstocken, sondern nur um die Hälfte aufwerten.“

Seniorinnen- und Seniorenpolitik ist daher eine *gewerkschaftliche Querschnittsaufgabe*. Sie betrifft die heutigen wie auch die kommenden Seniorengenerationen gleichermaßen. Sie ist quasi die Fortsetzung der Tarifpolitik für die nicht mehr berufstätigen Mitglieder. Sie vollzieht sich im politischen Raum: „Gegner“ sind nicht mehr die Arbeitgeber, sondern die politisch Verantwortlichen. Von daher wäre es naheliegend, dass der DGB als Spitzenorganisation in diesem Bereich eine koordinierende und strukturierende Rolle übernimmt. Hiervon kann jedoch bisher leider nicht die Rede sein.

Die DGB-Senioren Hamburg zum Beispiel machen eine vitale und konsequente gewerkschaftliche SeniorInnenpolitik; so haben sie im vorigen Jahr die Initiative zur Schaffung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes für Hamburg ergriffen, die jetzt gerade in die parlamentarische Beratung dieses Vorhabens mündet.

Oft bedürften sie und andere SeniorInnengliederungen einer stärkeren Unterstützung des DGB bei der Strukturierung ihrer politischen Arbeitsfelder und

auch logistischer Hilfe. So war es zum Beispiel sehr schwierig, den DGB zu einem relativ geringen finanziellen Aufwand für einen kraftvollen Auftritt der größten deutschen Seniorenorganisation auf dem Deutschen Seniorentag 2012 in Hamburg zu bewegen, und es ist dann ja, wie man hört, leider auch nicht zu einem solchen *kraftvollen Auftritt* gekommen.

Der DGB erfüllt Ansprüche in dieser Richtung generell nur zögerlich und nur in geringem Umfang. Ein Grund hierfür könnte sein, dass *Seniorinnen- und Seniorenpolitik als der Tarifpolitik gleichgewichtiges gewerkschaftliches Aufgabengebiet* bisher nicht genügend wahrgenommen wird, ein anderer der, dass der DGB durch seine Mitglieds-gewerkschaften nicht genügend zum Handeln autorisiert wird, weil SeniorInnenpolitik *formal* nicht zu den satzungsgemäßen Aufgaben der Gewerkschaften gehört. Dies ist aber aus verschiedenen Gründen nicht mehr zeitgemäß – nicht zuletzt deshalb, weil der Seniorinnen- und Seniorenanteil im DGB die 20 Prozent-Grenze überschritten

hat (im Mittel über alle Gewerkschaften 21,6% am 31.12.2011) und sich in einzelnen Gewerkschaften der 40%-Grenze nähert. Die nicht mehr im Arbeitsleben stehenden Kolleginnen und Kollegen müssen aber mit ihren Bedürfnissen, ihren Ideen und Kompetenzen und auch mit ihren Beiträgen in den Gewerkschaften gehalten werden; für ihre sozialpolitischen Belange *und für die der kommenden Seniorenjahrgänge* müssen wir gemeinsam arbeiten.

Da dies eine gewerkschaftliche Querschnittaufgabe ist, ist die strukturierende (aber auch Impuls gebende) Potenz des DGB unbedingt gefragt. Schaffen wir ihm also zunächst wenigstens eine Voraussetzung für sein Tätigwerden, indem wir *SeniorInnenpolitik als gewerkschaftliche Aufgabe* in den Satzungen der Mitglieds-gewerkschaften verankern! Bewusstseinsbildung bzw. Bewusstseins-erweiterung bleiben aber auf der Tagesordnung!

Der 3. Hamburger Gewerkschaftstag der GEW am 26. April 2012 hat einstimmig die Seniorinnen- und Seniorenpolitik als gewerkschaftliche Aufgabe in

die Satzung der GEW Hamburg (§ 36) hineingeschrieben und die Betriebsgruppe der Ruheständlerinnen und Ruheständler beauftragt, sich um diese gewerkschaftliche Querschnittaufgabe zu kümmern.

Das ist ein erster Erfolg! Der zieht aber weitere Schritte unabdingbar nach sich:

Die anderen GEW-Landesverbände müssen jeweils einen entsprechenden Passus in ihre Landessatzungen aufnehmen, und der Gewerkschaftstag der GEW Bund im Juni 2013 muss die Bundessatzung entsprechend anpassen; hierzu sollten wir einen Antrag stellen.

Die Mitglieder der anderen DGB-Gewerkschaften müssten ihre Satzungen ebenso aktualisieren.

Und jetzt kommt das Wichtigste: *wir müssen die Satzungsparagraphen mit Leben füllen und unsere gewerkschaftliche Arbeit an den Aufgaben und Erfordernissen der Seniorinnen- und Seniorenpolitik ausrichten!*

HEIN HOCKER

## THEATERSTÜCK

# Jugend und Neofaschismus

Am 1. Mai hat der DGB Hamburg eine Aufführung im Polittbüro gesponsert, die sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Angelehnt an das Buch des Berliner Autors Jakob Arjouni „Cherryman jagt Mr. White“ hat Thomas Ebermann ein Bühnenstück geschrieben.

„Notwehr“: Ein leider sehr aktuelles Thema in Form eines Krimis.

Trostlos ist das Kaff, in dem Rick lebt. Trostlos ist auch seine Lage: Arbeitslos und von den Dorf Nazis drangsaliert. Ausgerechnet seine Peiniger versprechen ihm das große Glück. Sie könnten ihm eine Lehrstelle verschaffen – und das auch noch in Berlin, wo das Leben tobt! Eine kleine Gegenleistung erwartet man allerdings. Unheimlich und unsympathisch sind Rick seine neuen Gönner vom »Heimatschutz« schon, aber andererseits...aussteigen kann man ja immer noch..., glaubt er jedenfalls.

Das Stück eignet sich für die Auseinandersetzung mit dem Thema „Neofaschismus“ und ist bei seiner Erstaufführung gerade von Jugendlichen sehr gut aufgenommen worden. Gerade deswegen sind Autor, Regisseur und Schauspieler daran interessiert, viele Jugendliche mit diesem Thema zu erreichen. Es gibt das Angebot an Schulen, Klassen oder Gruppen, gesonderte Aufführungen zu organisieren oder das Stück zwischen Sommer- und Herbstferien oder Herbst- und Weihnachtsferien im Polittbüro, Steindamm 45, anzusehen. Eine Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung erscheint möglich.

Bei Interesse bitte melden bei: [info@gew-hamburg.de](mailto:info@gew-hamburg.de)